

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.829.585

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)16892/J-NR/2023

Wien, am 17. Jänner 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Gerhard Kaniak und weitere haben am 17.11.2023 unter der **Nr. 16892/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Pensionsbeiträge für über 65-Jährige müssen fallen** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Unbeschadet der Tatsache, dass persönliche Beurteilungen und Einschätzungen von Position(spapier)en Dritter grundsätzlich keinen dem Interpellationsrecht unterliegenden Gegenstand der Vollziehung darstellen, kann ich zu dieser Anfrage nach den mir vorliegenden Informationen Folgendes ausführen:

Zu den Fragen 1 bis 4 und 8

- *Wie beurteilen Sie als zuständiger Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft den von der Vereinigung "Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS)" veröffentlichten Forderungs- und Maßnahmenkatalog zum wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch so wichtigen Thema "Altersgerechte freiwillige Möglichkeiten der Weiterarbeit" in der Pension?*
- *Wie beurteilen Sie als zuständiger Arbeits- und Wirtschaftsminister insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf einen "Entfall der derzeit fälligen Pensionsbeiträge für den freiwilligen Zuverdienst"?*

- *Wie beurteilen Sie als zuständiger Arbeits- und Wirtschaftsminister insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf einen "Anhebung des Pensionsaufschlags für jedes freiwillige Zusatzjahr"?*
- *Wie beurteilen Sie als zuständiger Arbeits- und Wirtschaftsminister insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf eine "Senkung der Lohnnebenkosten bei Mitarbeitern der Altersgruppe 55+"?*
- *Wie beurteilen Sie als zuständiger Arbeits- und Wirtschaftsminister insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf eine "Intensivierung der Informationsarbeit zu Zuverdienst und Teilpension"?*

Einleitend ist festzuhalten, dass im aktuellen Regierungsprogramm festgeschrieben wurde, dass ein verstärktes Augenmerk auf den Arbeitsmarkt der Generation 50+ gerichtet werden soll; dies mit dem Ziel, möglichst viele Menschen möglichst lange in Beschäftigung zu halten. Diesbezügliche Maßnahmen betreffen einerseits die Gesundheit der Erwerbsbevölkerung und andererseits die Anhebung des faktischen Pensionsalters. Die Bundesregierung hat bereits eine Reihe von Anreizen zum längeren Arbeiten für Personen im Regelpensionsalter geschaffen.

Angesichts des aktuell herrschenden Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels begrüßt das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) alle Initiativen, die zu einem Aufschließen eines zusätzlichen Arbeitskräftepotenzials aus dem Kreis der älteren, erfahrenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für unsere Wirtschaft führen können.

Ein längerer Verbleib im Erwerbsleben hängt neben der individuellen gesundheitlichen Verfassung auch von den betrieblichen und zum wesentlichen Teil von den gesetzlichen Rahmenbedingungen ab. Derzeit beeinflussen steuerliche Aspekte und je nach Pensionsart unterschiedliche Regelungen im Pensionsrecht die Möglichkeit und folglich auch die Bereitschaft für einen relevanten Zuverdienst neben der Pension.

Betreffend allfällige gesetzliche Änderungen im Sinne der in der Anfrage genannten Forderungen ist zuständigkeitshalber auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 16881/J durch den Herrn Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zu verweisen.

Zur Frage 5

- *Wie beurteilen Sie als zuständiger Arbeits- und Wirtschaftsminister insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf eine "Entwicklung von altersgerechten Arbeitsplätzen und Arbeitszeitmodellen"?*

Das BMAW begrüßt Initiativen für ein alter(n)sgerechtes Arbeitsumfeld, da sie Unternehmen das Know-how ihrer Fachkräfte sichern und für den langfristigen Erhalt der Arbeitsfähigkeit sowohl der jungen als auch der älteren Belegschaft sorgen.

Zur Frage 6

- *Wie beurteilen Sie als zuständiger Arbeits- und Wirtschaftsminister insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf eine "Begünstigung gesundheitsfördernder, präventiver Maßnahmen der Betriebe?"*

Gerade in Zeiten eines eklatanten (Fach-)Arbeitskräftemangels ist es auch eine zentrale Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik daran mitzuwirken, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer länger und gesund im Erwerbsleben bleiben können, damit das damit verbundene Potenzial optimal genutzt werden kann. Das BMAW verfolgt hier im Sinne des Regierungsprogramms unterschiedliche Ansatzpunkte, um die Arbeitsmarktsituation eines älter werdenden Arbeitskräftepotenzials zu verbessern, darunter Prävention, Beratung für Betriebe und Personen, Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung oder Einstellungswandel.

Durch Maßnahmen wie etwa das Präventionsprogramm "fit2work" oder die Nationale Strategie "Gesundheit im Betrieb" sollen Menschen möglichst über die gesamte Erwerbsspanne bis zum Erreichen des gesetzlichen Pensionsantrittsalters gesund und arbeitsfähig bleiben können.

Zur Frage 7

- *Wie beurteilen Sie als zuständiger Arbeits- und Wirtschaftsminister insbesondere die Forderung der IWS OÖ auf eine "Forcierung von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung älterer Menschen?"*

Österreich bleibt von den Herausforderungen des demographischen Wandels nicht verschont: Sinkende Geburtenraten bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung führen zu einer alternden (Erwerbs-)Bevölkerung. Betriebe und deren Beschäftigte sind daher einem anhaltenden Qualifizierungserfordernis ausgesetzt.

Ziel ist es, die Verfügbarkeit des notwendigen Wissens in einer sich rasch verändernden Arbeitswelt zu sichern und mit den Betrieben Kompetenzen aufzubauen, um gemeinsam eine alter(n)sgerechte Arbeitswelt zu schaffen, die Beschäftigung im Wandel erhält.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt

